



27. Mai 2009

## Postulat

von Hans Urs von Matt (SP)  
und Salvatore Di Concilio (SP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich die Stadt Zürich als Arbeitgeberin beim Lohngleichheits-Dialog beteiligen kann. Die Stadt Zürich soll eine Vereinbarung zum Lohngleichheits-Dialog unterzeichnen und durch die Lohnanalyse aufzeigen, dass das Personal der Stadt Zürich den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhält.

Die freiwillige Teilnahme der Stadt Zürich hat Vorbildcharakter für andere Unternehmungen und Verwaltungen. Zu hoffen ist, dass die Resultate der Analyse (Methode der Regressionsanalyse) keine Lohndiskriminierung an den Tag bringen wird. Dadurch wird die Stellung der Stadt Zürich als faire und attraktive Arbeitgeberin gestärkt.

Zudem wird der Stadtrat gebeten, die öffentlich-rechtlichen Anstalten der Stadt Zürich (z. B. Asylorganisation Zürich AOZ, etc.) und die „Partnerbetriebe“ an denen die Stadt Zürich in irgendeiner Form beteiligt ist (z. B. Erdgas Zürich AG, Schauspielhaus Zürich AG, Flughafen Zürich AG, etc.), zu ermuntern, ebenfalls aktiv am Lohngleichheits-Dialog teilzunehmen.

### Begründung:

Bis heute bestehen diskriminierende Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in den Unternehmen in der Schweiz. Dieser Zustand widerspricht dem Gleichstellungsgesetz (GIG). Die Sozialpartner haben vereinbart, gemeinsam aktiv zu werden und zu diesem Zweck mit Unterstützung des Bundes einen Lohngleichheits-Dialog gestartet (Medienmitteilung des Eidgenössischen Departements des Innern EDI vom 2. März 2009). Die Evaluation des Gleichstellungsgesetzes hat ergeben, dass die bisher ergriffenen Massnahmen nicht ausreichen, um den Verfassungsauftrag ‚gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‘ zu erfüllen.

Aus diesem Grund haben die Dachverbände der Arbeitgebenden (Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Gewerbeverband) und Arbeitnehmenden (Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse) mit Unterstützung durch das Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), dem Bundesamt für Justiz (BJ) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) den sogenannten Lohngleichheits-Dialog aufgenommen. Möglichst viele Unternehmungen und Verwaltungen sollen motiviert werden, ihre Löhne freiwillig zu überprüfen und allfällige Diskriminierungen zu beseitigen.

Das Projekt startete am 1. März 2009 und dauert bis zum 28. Februar 2014. Nach zwei Jahren wird eine Zwischenbilanz gezogen. Es besteht auch die Option einer Verlängerung des Lohngleichheits-Dialogs bis 2016, falls sich diese als notwendig erweist.

H. U. von Matt  
S. Di Concilio